

IDA-Infomail
Nummer 1, Februar 2014, 15. Jg.

Editorial	S. 1
 Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
 Thema: Diversität in der Jugendverbandsarbeit	S. 5
 Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 7
 Aus den Mitgliedsverbänden	S. 9
 Aktion, Information	S. 13
 Seminare, Tagungen	S. 17
 Impressum	S. 19

Editorial

Sie nennen sich „Schneeberg wehrt sich“, „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ oder „Bürgerinitiative direkte Demokratie“: Verschiedene Gruppierungen agitieren seit einigen Monaten im gesamten Bundesgebiet gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Der Tenor ist häufig ähnlich: Bürger_innen am Ort würden bei der Planung der Unterkünfte nicht einbezogen, sie befürchten einen Anstieg von Kriminalität, Lärm, sozialen Problemen oder, und das wird ganz selbstverständlich ausgesprochen, schlichtweg „Überfremdung“. Manche, aber längst nicht alle dieser „Initiativen“, haben Neonazis initiiert, die damit versuchen, ihre Inhalte in der Öffentlichkeit zu platzieren. Andere Gruppierungen sind ohne das Zutun von Rechtsextremen entstanden, sie speisen sich aus einer rassistischen Grundstimmung in der Bevölkerung. Schon gab es beängstigende Bilder von Fackelmärschen, etwa im thüringischen Greiz, als Bürger_innen gemeinsam mit Neonazis „gegen das Heim“ marschierten.

Die Annahme, dass rassistische Mobilisierungen den Nährboden für gewalttätige Übergriffe bilden, stärkt eine aktuelle Statistik des Bundeskriminalamts: Die Zahl der rechtsextrem motivierten Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat sich 2013 (58 Übergriffe) im Vergleich zum Vorjahr 2012 (24 Übergriffe) mehr als verdoppelt. Das Internetportal „Monitoring Agitation Against Refugees in Germany“ zählte sogar 113 rassistisch

motiviert Angriffe, darunter Brandanschläge, Schmierereien und Gewalttaten gegen vermeintliche oder tatsächliche Bewohner_innen von Flüchtlingsunterkünften. Welche Auswirkungen solche Taten auf die unmittelbar und mittelbar Betroffenen haben, darauf weisen Flüchtlings- und Beratungsorganisationen hin: „Für die Betroffenen sind diese Angriffe dramatisch“, sagte Robert Kusche von der Opferberatung der sächsischen „Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie“ gegenüber der *taz*: „Das sind Menschen, die aus Bürgerkriegen hierher kommen und jetzt wieder in eine Bedrohungslage geraten.“ Der am 25. Februar veröffentlichte Bericht der Antirassismus-Kommission des Europarates fordert unter anderem härtere Strafen gegen rassistische Gewalttäter_innen in Deutschland. Die Kommission kritisiert, dass die Polizei die rassistische Motivation bei Straftaten zu häufig ausschließe. Die bisherige Strafverfolgungspraxis ist ein fatales Signal: Den Betroffenen zeigt sie, dass sie keinen ausreichenden staatlichen Schutz erwarten können. Mögliche Täter_innen bekommen den Eindruck, dass sie gute Chancen haben, davonzukommen. Der Bericht der Kommission kommt daher gerade zum rechten Zeitpunkt.

Ich wünsche Ihnen anregende Informationen beim Lesen der Infomail,

Barbara Manthe

IDA informiert:**Herzlichen Glückwunsch!**

Wir gratulieren Karima Benbrahim, Referentin des IDA e. V., zur Geburt ihrer Tochter, die am 2. März 2014 zur Welt kam!

Neuer IDA-Reader „Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern“

IDA e. V. hat eine neue Publikation zum Thema Antisemitismus herausgegeben. Im ersten Teil werden Ideologien, Erscheinungsformen und Entwicklungen von Antisemitismus vorgestellt und diskutiert. Einleitend findet sich ein Überblick, was Antisemitismus überhaupt ist, welche verschiedenen Ausprägungen zu beobachten sind und wie sich diese historisch entwickelt haben. Anschließend wird ein Blick darauf geworfen, wie Antisemitismus im Sinne einer Entlastung der Mehrheitsgesellschaft zum Problem vor allem von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund gemacht wird.

Der zweite Teil des Readers stellt zunächst einige theoretische Überlegungen zu pädagogischen Herangehensweisen zur Auseinandersetzung mit



Antisemitismus an und schlägt dann einen Bogen zu praktischen Entwicklungen und Umsetzungen von Strategien gegen Antisemitismus. Hier werden Theorien für die Praxis handhabbar gemacht sowie Reflexionen und Handlungsstrategien vorgestellt. Der dritte Teil der Publikation besteht aus Berichten aus der Praxis und bietet mit der Darstellung von Projekten, Konzepten und Materialien Inspiration und Anregung für die Entwicklung eigener Handlungsstrategien.

Milena Detzner, Ansgar Drücker (Hg.): Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2013, 92 Seiten.

Neuer IDA-Reader zum Thema Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit

Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit folgt einer doppelten Strategie: Es geht zum einen um die Unterstützung der interkulturellen Öffnung der etablierten Jugendverbände sowie der Jugendringe. Es geht zum anderen um die Unterstützung des Strukturaufbaus und der Arbeit von Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSO) bzw. Vereinigungen junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM).

Beide Seiten dieser gleichberechtigt nebeneinander stehenden Ansätze werden im neuen Reader des IDA beleuchtet – in Tandemansätzen (und natürlich im verbandlichen Alltag) können sie sich zudem überschneiden.

Nach einer Einführung werden die wichtigsten MJSO in Deutschland vorgestellt, bevor sich eine Bestandsaufnahme aus Sicht der Wissenschaft anschließt. Hier werden aktuelle Forschungsergebnisse und Studien dargestellt.

Es folgt eine Bestandsaufnahme aus Sicht der

Jugendverbandsarbeit. Anschließend folgt ein Kapitel mit Erfahrungen aus verschiedenen Projekten zur interkulturellen Öffnung. U. a. kommen Mitglieder von MJSO zu Wort; außerdem werden das Projekt „Jugend 2014“ und Erfahrungen aus dem Bereich der sportlichen sowie der kirchlichen Jugendarbeit vorgestellt. Ein Anhang mit Adressen und Hinweisen zum Weiterlesen rundet die Broschüre ab.



Ansgar Drücker (Hg.): Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit – Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2013, 80 Seiten.

Neuer IDA-Flyer „Was heißt eigentlich ... Antiziganismus?“

In der Reihe des IDA ist ein Flyer zum Thema „Antiziganismus“ erschienen. Der Flyer beleuchtet verschiedene Facetten eines Rassismus, der sich gegen Sinti und Roma richtet, geht auf Vergangenheit und Gegenwart des Phänomens ein und beschreibt Gegenmaßnahmen.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Was heißt eigentlich ... Antiziganismus? Düsseldorf: Eigenverlag, 2013



IDA-Projekt: DIMENSIONEN – Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft

Neun der zehn Mordopfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) wiesen einen sogenannten Migrationshintergrund auf. Doch statt den Blick auf möglichen rechtsextremen Terror und die kausalen gesellschaftspolitischen Bedingungen zu richten, wurden die Opfer und ihre Angehörigen stigmatisiert und kriminalisiert. Rassistische Zuschreibungen in den Medien („Dönermorde“) und den ermittelnden Behörden („SoKo Bosphorus“) trugen zu einer deutlichen Verschlechterung des Sicherheitsempfindens von Migrant_innen sowie zu erhöhtem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen bei. Verschiedene migrantische Organisationen haben sich in der Folgezeit dieser Thematik angenommen, ohne jedoch in der breiten Öffentlichkeit Gehör zu finden.

Das Projekt „Dimensionen“ des IDA möchte dazu beitragen dies zu ändern. Unser Ziel ist es, Hilfe-

stellung dabei zu leisten, dass migrantische Perspektiven gehört und sichtbar gemacht werden. Insbesondere sollen Fachkräfte gestärkt werden, die sich der Thematik in der Bildungsarbeit annehmen wollen. Das Projekt richtet sich jedoch nicht nur an das heterogene Feld migrantischer Akteur_innen. Es geht gleichermaßen darum, die Mehrheitsgesellschaft für migrantische Perspektiven auf den NSU und seine Hintergründe zu sensibilisieren. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, aus den artikulierten Bedarfen von durch Rassismus negativ betroffenen Menschen Inhalte für Methodenbausteine im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit abzuleiten. Diese sollen zu einem reflektierten Umgang mit dem Themenfeld des NSU-Komplexes und den mit ihm in Verbindung stehenden gesellschaftlichen und politischen Rahmungen animieren.

Neue Projektmitarbeiter_innen bei IDA e. V.

Seit Januar 2014 arbeiten Özlem Alev Demirel und Rolf Knieper als Projektreferent_innen im Projekt „Dimensionen – Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“.

Özlem Alev Demirel hat Politikwissenschaften, Komparatistik sowie Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn studiert. Ihre Abschlussarbeit hat sie zum Thema „Pro Köln – Das neue Gesicht der alten Rechten“ geschrieben. Als langjähriges Mitglied der DIFD und derzeitige Vorsitzende des Dachverbands ist sie lange engagiert in der Antirassismusbearbeitung. Zuvor war sie Landtagsabgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Özlem Demirel ist 29 Jahre alt.

Rolf Knieper hat im Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz studiert und dort seinen Abschluss als Sozialarbeiter und Sozialpädagoge erworben. Gleichzeitig ist er seit dem Jahre 2009 für das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz als regionaler Berater und Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle tätig. Darüber hinaus unterrichtet er als Lehrbeauftragter an der Hochschule Koblenz.

IDA-NRW informiert:**Protestformen gegen rechts – zwischen Bratwurst und Sitzblockade**

Termin: 20. März 2014, 14.00 Uhr – 17.00 Uhr

Tagungsort: Alte Färberei, 42275 Wuppertal

Viele Menschen in NRW engagieren sich aus den unterschiedlichsten Motiven gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. In Bündnissen, Initiativen, Verbänden und Vereinen, in Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen schließen sich Aktive zusammen, um ihren Unmut über rechtes und rassistisches Gedankengut sowie gewalttätige Übergriffe zu zeigen und Widerstand zu organisieren. Demonstrationen sind dabei eine Form von vielfältigen Möglichkeiten des Protests.

Hier möchte die Tagung anknüpfen und Protest und Widerstand in all seiner Vielfältigkeit aufzeigen. Näher betrachtet werden sollen dabei Möglichkeiten, Bedeutung und Formen des Widerstandes unter Einbezug aktueller Diskussionen. Im Fokus der Tagung stehen Fragen wie: Welche Arten von Akteur_innen und Bündnissen lassen

sich ausmachen? Welche Aktionsformen haben in Vergangenheit und Gegenwart Erfolg gehabt bzw. blieben erfolglos? Welche Protestformen sind legal, welche liegen am Rande der Legalität und sind vielleicht dennoch notwendig und sinnvoll (beispielsweise Blockaden)? Mit Vertreter_innen aus Jugendverbänden, Schule und Zivilgesellschaft wollen wir an dieser Stelle auch die Frage unserer pädagogischen Verantwortung beleuchten.

Die Tagung versteht sich als Forum für Diskussion und Austausch zwischen Praktiker_innen aus der Jugendbildungsarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit, Multiplikator_innen der politischen Bildungsarbeit sowie Lehrer_innen. Fachtagung des IDA-NRW in Kooperation mit dem Landsjugendring NRW und der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW.

Anmeldung und Teilnahmegebühr:

Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz (AJS) NRW

Carmen Trenz

Poststr. 15-23

50676 Köln

info@mail.ajs.nrw.de

Teilnahmebeitrag: 10 €

Weitere Informationen:

IDA-NRW

Anne Broden

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

info@ida-nrw.de

Thema:**Diversitätsbewusste Perspektiven in der Jugendverbandsarbeit***Wiebke Scharathow*

Schlagwörter wie Diversität, Diversity, Heterogenität und Differenz haben in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit in pädagogischen Debatten erfahren. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen steht häufig die Suche nach Perspektiven und Konzepten, mit denen in pädagogischen Institutionen und im pädagogischen Handeln einer gesellschaftlichen Realität, die von Verschiedenheiten und Ungleichheiten in vielfältiger Weise geprägt ist, angemessen Rechnung getragen werden kann.

Vor diesem Hintergrund legen Konzepte von Diversität, die an sozialer Gerechtigkeit orientiert sind, ihr Augenmerk nicht lediglich auf individuelle Verschiedenheiten, sondern beziehen gesellschaftliche Machtverhältnisse als überaus wichtige Faktoren mit ein. Denn sie sind es, die die Konstruktion und die Bewertung bestimmter Differenzen zwischen Menschen als besonders bedeutsam erst ermöglichen und auf diese Weise nicht nur Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen hervorbringen, sondern auch gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend prägen. In einer solchen Perspektive wird die Auseinandersetzung mit sozial bedeutsamen Unterschieden pädagogisch relevant, da Differenz- und Machtverhältnisse auch individuell bedeutungsvoll sind: Sie nehmen maßgeblich Einfluss auf die Erfahrungen, Selbstverständnisse und Handlungsmöglichkeiten von Menschen, die in diesen Verhältnissen leben.

Angeichts dessen weist Diversitätsbewusstsein als Aspekt pädagogischer Arbeit auf den Anspruch hin, ungleichheits- und diskriminierungskritisch zu agieren. Sollen gesellschaftliche Ungleichverhältnisse, institutionelle Arrangements oder konkrete Situationen, in denen Bevor- und Benachteiligungen (potenziell) eine Rolle spielen, angemessen analysiert werden, dann reicht es jedoch nicht aus – und darauf haben früh Aktivistinnen der Schwarzen Frauenbewegung hingewiesen –, lediglich einzelne Differenzkategorien in den Blick zu nehmen, weil immer verschiedene soziale Unterschiede zusammenwirken. Im Gegensatz zu pädagogischen Teildisziplinen, die je ein Differenzverhältnis in den Mittelpunkt ihrer Auf-

merksamkeit rücken, verfolgt eine diversitätsbewusste Perspektive daher das Ziel, verschiedene Differenzverhältnisse – etwa entlang von Gender, Klasse/sozialer Schicht oder ‚Race‘/Ethnizität – zu berücksichtigen. Sie kann in diesem Sinne auch als Erweiterung oder Verknüpfungsmöglichkeit von Perspektiven rassismuskritischer, geschlechtersensibler oder inklusiver Pädagogik verstanden werden.

Ein zentrales Moment einer solchen Perspektive ist die Betonung der Relevanz der unterschiedlichen Positionierungen von Menschen in Verhältnissen von Differenz und Ungleichheit. Denn je nachdem, ob Menschen in Bezug auf je spezifische Differenzverhältnisse eher privilegiert oder eher deprivilegiert positioniert sind, wirken sich diese sehr unterschiedlich auf ihre Möglichkeiten, z. B. der Teilhabe oder des Handelns, aus. Was genau welche Differenzen für einzelne Menschen bedeuten und wie diese mit ihnen umgehen, ist jedoch nicht nur abhängig von ihren sozialen Zugehörigkeiten, sondern auch von je konkreten Situationen, ihren Erfahrungen und anderen individuellen Dispositionen. Deshalb ist neben der Berücksichtigung gesellschaftlicher Verhältnisse auch eine Subjektorientierung bedeutungsvoll. Das heißt, dass in verschiedenen Kontexten immer wieder aufs Neue gefragt werden muss, welche Differenzen für wen warum welche Bedeutung haben (könnten).



IDA-Publikation zum Thema Diversität:
Karima Benbrahim (Hg.): *Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie?* Düsseldorf 2012

Bestellbar unter www.idaev.de/publikationen/bestellformular/

Der Anspruch einer diversitätsbewussten Pädagogik ist es also, verschiedene Differenzverhältnisse in ihrem je situativen Zusammenspiel sowie ihren (möglichen) Auswirkungen auf struktureller, institutioneller und individueller Ebene zusammen zu denken. Sie betont damit die Notwendigkeit eines breiten Reflexionsvermögens und einer (selbst-)kritischen fragenden und untersuchenden Haltung. Hier gilt es etwa, die eigene pädagogische Praxis sowie institutionalisierte Strukturen danach zu befragen, inwieweit sie (ungewollt) dominante Normalitäten herstellen und reproduzieren, welche Ein- und Ausgrenzungen produzieren. Genauso wichtig ist es, unterschiedliche Zugehörigkeiten von Pädagog_innen wie Adressat_innen in ihren potenziellen Wirkungsweisen zu reflektieren und die Frage nach den möglichen subjektiven Bedeutsamkeiten von Differenzen in ganz spezifischen Kontexten und Situationen zu stellen.

Damit stellt eine diversitätsbewusste Perspektive hohe Anforderungen, insbesondere an die (Selbst-)Reflexivität von Institutionen und Pädagog_innen. Jugendverbände, die eine diversitätsbewusste Perspektive sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene als Querschnittsaufgabe implementieren wollen, stehen damit vor vielfältigen Herausforderungen. Diese anzugehen lohnt sich meines Erachtens jedoch nicht nur, sondern ist auch notwendig, wenn das Anliegen ernst genommen wird, dass pädagogische Arbeit zu einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit beitragen soll. Denn eine diversitätsbewusste Perspektive auf institutionelle Abläufe, Angebotsplanungen und Interaktionen im pädagogischen Alltag ermöglicht es, Fragen zu stellen, die helfen, pädagogische Praxis so zu gestalten, dass sie letztlich den Menschen, mit denen gearbeitet wird, gerecht(er) wird.

Ein solches Plädoyer für eine diversitätsbewusste Perspektive ist jedoch keinesfalls als ein Plädoyer dafür misszuverstehen, sich mit spezifischen Fragen von Rassismus, Heteronormativität, Sexismus usw. nicht mehr zu beschäftigen. Es soll nicht dazu führen, hier keine Angebote mehr zu machen oder gar unbequemen Auseinandersetzungen mit spezifischen Aspekten, z. B. mit

rassistischen Strukturen innerhalb der Institution oder eigenen stereotypen Vorstellungen, aus dem Weg zu gehen. Vielmehr kann diversitätsbewusste Pädagogik, wie Rudolf Leiprecht (2011) dies beschreibt, als eine Dachkonstruktion verstanden werden, deren Säulen die Antidiskriminierung, das Zusammendenken verschiedener Differenzverhältnisse und eine Orientierung an den Subjekten pädagogischer Praxis ist.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, skeptisch gegenüber (Spar-)Maßnahmen zu sein, die das Zusammenstreichen und Kürzen von spezifischen Expertisen, Stellen und Angeboten damit rechtfertigen, dass all dies nun unter dem Titel ‚Diversität‘ verhandelt werden könnte. Denn für eine diversitätsbewusste Perspektive und Praxis ist – ganz im Gegenteil zu solchen Vereinheitlichungs-ideen – der Rückgriff auf ein spezielles Wissen zu einzelnen Differenzverhältnissen und entsprechende Herangehensweisen unbedingt notwendig. Eine diversitätsbewusste Pädagogik kann die Auseinandersetzungen mit einzelnen Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen, das vertiefte Wissen zu ihren jeweiligen Geschichten, Aktualitäten und Wirkungsweisen zwar erweitern und notwendige Verbindungen zwischen ihnen herstellen, sie kann diese aber in keinem Fall ersetzen (vgl. ebd.). Ziel der Etablierung einer diversitätsbewussten Perspektive darf also nicht das Ersetzen von Fachgebieten wie etwa rassistuskritischer oder gendersensibler Pädagogik sein, sondern muss, im Gegenteil, die enge Zusammenarbeit mit diesen Teildisziplinen sein.

Leiprecht, Rudolf (2011): Auf dem Weg zu einer diversitätsbewussten Sozialpädagogik. In: Leiprecht, Rudolf (Hg.): Diversitätsbewusste Sozialpädagogik. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 15-44.

Wiebke Scharathow ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der PH Freiburg. Sie lehrt und forscht im Arbeitsbereich Sozialpädagogik zu Fragen sozialer Differenz, sozialer Ungleichheit und Rassismus.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ sowie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



pro aktiv gegen rechts. Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven (Hg.): Aufdecken! Rechtsextreme Gefährdung am Arbeitsplatz
2013, 23 S., Sachinformation, Broschüre

Die Broschüre setzt sich mit extrem rechten Erscheinungsformen am Arbeitsplatz auseinander und gibt Hilfestellungen, inwieweit darauf reagiert oder präventiv eingewirkt werden kann.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5364>



FORENA Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus. Fachhochschule Düsseldorf (Hg.): Demokratie als Aufgabe
2013, 43 S., Sachinformation, Broschüre

Die Expertise legt ihren Fokus auf rechtsextreme Strömungen, Handlungen und Tendenzen in der Stadt Aachen und ihrer unmittelbaren Umgebung. Die Konzepte zur Prävention und Reaktion, die die Autoren vorstellen, können aber auch allgemein auf die kommunale Arbeit angewandt werden.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5365>



Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. (Hg.): Meine Freiheit ist auch deine Freiheit
Berlin 2013, 34 S. u. 37 Min., Bericht, Broschüre + DVD

Junge Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund in ihrer demokratischen Überzeugung zu stärken, indem sie ihre eigene Haltung zum Islam reflektieren, ist das Ziel des Projekts „Meine Freiheit ist auch deine Freiheit“. Die Broschüre stellt das Konzept des Projekts vor, erläutert die Inhalte und Methoden der Workshops und dokumentiert das Feedback und Resonanzen der Schüler_innen.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5351>



Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (Hg.): Das offene Schweigen. Zu Fallstricken und Handlungsräumen rassismuskritischer Bildungs- und Sozialarbeit

2012, 64 S., Bericht, Broschüre

Die Broschüre dokumentiert die wichtigsten Informationen und Ergebnisse der gleichnamigen Tagung. Die Beiträge legen ihren Schwerpunkt auf eine kritische Analyse in Hinblick auf die Thematisierung von Antisemitismus und Rassismus in der Bildungs- und Sozialarbeit sowie innerhalb der Gesellschaft. Weiterhin werden Ansätze vorgestellt, die neue Wege in dieser Frage aufzeigen.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5344>



Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. (Hg.): 7xjung. Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt

Berlin 2010, 23 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre

Die Broschüre beschreibt und informiert über das Ausstellungsprojekt „7xjung, Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“. Ziel der Ausstellung ist es, auf künstlerischem Weg die Themen Diskriminierung, Antisemitismus und Ausgrenzung zu erörtern und Wege zu finden, wie man dagegen vorgehen kann. Im Rahmen der Ausstellung wurden zudem kulturpädagogische Programme entwickelt, die ebenfalls der Intention der Ausstellung folgen. Einzelne werden in einer Tool-Box in der Broschüre vorgestellt.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5353>

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**Preisverleihung „Die Gelbe Hand“ 2013/2014: Die Entscheidung ist gefallen!**

Am 10. Februar 2014 fand die Jury-Sitzung im Rahmen des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2013/2014 statt. Unter den Wettbewerbsbeiträgen waren Filme, Songs, Plakate, Projektstage, Demos usw. Beteiligt haben sich Betriebe, Verwaltungen, Berufsschulen, Gruppen der Gewerkschaftsjugend sowie einzelne Berufsschülerinnen und -schüler sowie Azubis. Die Preisverleihung findet am 12. März 2014 um 12:30 Uhr im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei statt.

Die Schirmherrin des Wettbewerbs und Thüringer Ministerpräsidentin, Christine Lieberknecht, sowie der Schirmherr, Klaus Wiese, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft IG BAU, haben ihre Teilnahme zugesagt.

Infos:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-1 93 u. 2 90

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de/data/kai_dgbbwprogramms28_rechtsextremismus.pdf

www.facebook.de/gelbehand

**Demokratieberater Im Einsatz für eine starke Gemeinschaft...**

... ist das neue Projekt der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF). Seit dem 1. Januar 2013 bis zunächst Ende 2014 wird das Projekt „Demokratieberater“ im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de) durch das Bundesministerium des Innern gefördert.

Zum Hintergrund des Projekts

Konflikte gibt es überall, auch in den Feuerwehren und Jugendfeuerwehren. Manchmal führen Konflikte dazu, dass Einzelne bzw. bestimmte Gruppen ausgegrenzt oder diskriminiert werden und dadurch ein Klima der Ungleichwertigkeit gelebt wird. Dies widerspricht dem demokratischen Leitbild von Feuerwehren und Jugendfeuerwehren

grundlegend. Damit Konflikte nicht zu einem demokratiegefährdenden Klima führen, ist es wichtig, sich frühzeitig in den betreffenden Gruppen darüber zu verständigen.

Die Ziele des Projekts

Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Konfliktlösung in Feuerwehren und Jugendfeuerwehren zu fördern sowie Ansprechpartner_innen im Verband zu finden und zu qualifizieren, die solche Prozesse hilfreich unterstützen, ist eines der Ziele des neuen DJF-Projektes „Demokratieberater“. Neben der Ausbildung von Demokratiepater_innen, die Verbandsangehörige zur selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Bearbeitung von Problemen im Verband befähigen soll, werden auch bundesweit alle in der Programmsäule beteiligten und interessierten Akteure im Rahmen des DJF-Projektes vernetzt.

Der Ablauf des Projekts

Zu Beginn des Projektes wird die DJF im Austausch mit im Themenfeld erfahrenen Verbandsangehörigen die Inhalte und den Aufbau der Demokratieberaterausbildung festlegen.



Demokratie Berater

Die Ausbildung der Demokratiepartner_innen setzt die DJF in den alten Bundesländern um; in den neuen Bundesländern werden Landesfeuerwehrverbände und Landesjugendfeuerwehren diese über eigene Projektmittel selbstständig, aber auch im Austausch mit der DJF durchführen.

Infos:

Ansprechpartnerin für das Projekt im Bundesjugendbüro ist Susanne Beyer
Tel: 0 30 - 2 88 84 88 - 14
beyer@jugendfeuerwehr.de
www.jugendfeuerwehr.de/415-O-Demokratieberater.html?129,59

Ausbildung zum/zur Betzavta-Trainer_in (Basismodule 1 und 2)

Im Mittelpunkt der Ausbildung steht das Erleben der Übungen des Trainingsprogramms Betzavta. Dabei steht die eigene Sensibilisierung für die Schwierigkeiten des demokratischen Miteinanders und dessen Bedeutung für gesellschaftspolitische Zusammenhänge im Fokus.

Die Absolvierung des Basismoduls ist die Voraussetzung für die eigentliche Ausbildung als Trainer_in, welche jährlich begonnen werden kann. Neben der Vermittlung des Hintergrunds und der spezifischen Haltung von Betzavta findet auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis, welches dem Programm Betzavta zugrunde liegt, statt.

Das Basismodul kann auch unabhängig von der Ausbildung von Interessent_innen besucht wer-

den, die Betzavta kennenlernen wollen und/oder sich mit ihrer eigenen demokratischen Haltung auseinandersetzen möchten.

Beginn: 22.04.2014, 15:00 Uhr

Ende: 26.04.2014, 15:00 Uhr

Kostenbeteiligung: 350,-
ermäßigt: 200,-

Infos:

Ellinor Gaupp
0 23 24 / 50 8-4 80
ellinor.gaupp@dgb-bildungswerk.de
Institut für Jugendarbeit
Germeringer Straße 30
82131 Gauting



Deutsche Sportjugend bei den internationalen Wochen gegen Rassismus

Die Deutsche Sportjugend und der Deutsche Olympische Sportbund beteiligen sich auch in diesem Jahr vom 12. März bis 25. März aktiv an den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Für Benny Folkmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Sportjugend, ist es mehr als selbstverständlich, „dass wir uns aktiv an den Internationalen Wochen gegen Rassismus beteiligen und diese unterstützen. Dies entspricht unserem Verständnis von kontinuierlicher und nachhaltiger Arbeit gegen jegliche Art von Diskriminierung und vor allem Rechtsextremismus im Sport. Deshalb rufen wir auch in diesem Jahr alle Mitgliedsorganisationen und Sportvereine auf, ebenfalls Flagge zu zeigen und sich für die Internationalen Wochen gegen Rassismus zu engagieren.“



Infos:

Deutsche Sportjugend
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt
<http://www.dsj.de>

Stimmen von Mitgliedsverbänden zur Abschaffung der Extremismusklausel

GRÜNE JUGEND zu Berichten über Abschaffung der Extremismusklausel: „Überfällig, aber noch nicht genug“

Auf der Kabinettsklausur hat sich die Bundesregierung Berichten zufolge darauf verständigt, die unter Kristina Schröder (CDU) eingeführte „Demokratieerklärung“ – auch bekannt als Extremismusklausel – zu kippen.

„Wir begrüßen den Vorstoß von Familienministerin Schwesig ausdrücklich“, kommentiert GRÜNE-JUGEND-Bundessprecher Felix Banaszak die geplanten Änderungen. „Die Abschaffung der Extremismusklausel ist längst überfällig. Nicht nur, dass sie antifaschistische Initiativen unter einen inakzeptablen Generalverdacht stellt – sie schwächt diejenigen, die gegen Nazis und für Demokratie auf die Straße gehen.“ (...)

Der GRÜNEN JUGEND ist das jedoch nicht genug, wie Bundessprecherin Theresa Kalmer klar macht:

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken begrüßt die Abschaffung der sogenannten „Extremismusklausel“

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken begrüßt die Abschaffung der sogenannten „Extremismusklausel“. Immanuel Benz, Bundesvorsitzender der Falken, betont: „Die von der alten Bundesregierung eingeführte Extremismusklausel stellt alle Organisationen und Gruppen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, unter Generalverdacht. Es ist längst überfällig, dass diese Klausel, die bereits 2012 vom Verwaltungsgericht Dresden für rechtswidrig erklärt wurde, endlich wieder abgeschafft wird.“ Die unbegründete Debatte zum Linksextremismus und die daraus folgende Extremismusklausel basiert auf einem konstruierten Feindbild, durch das die Pluralität der Gesellschaft massiv gefährdet wird. In diesem Sinne geht der heute bekannt gewor-

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland via Facebook:

Endlich ist sie weg, die Extremismusklausel. Von Anti-Nazi-Initiativen verhasst, von der Justiz

„Die Extremismusklausel ist nur die Spitze des Eisbergs. Die wissenschaftlich kaum unterfütterte und politisch schädliche Extremismustheorie muss endlich raus aus den Ministerien, den Schulbüchern und den Köpfen. Wer sich dem Problem gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widmen will, sollte das ohne ideologische Denkschablonen tun. Es muss auch verhindert werden, dass nach der Abschaffung auf Bundesebene Schlupflöcher auf Landesebene genutzt werden, um politisches Engagement zu verhindern. Wir fordern die flächendeckende Abschaffung von Extremismusklauseln auch in den betroffenen Ländern.“

Infos:

Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND
Hessische Str. 10

10115 Berlin

www.gruene-jugend.de/node/26737#gothere

dene Vorstoß von Schwesig und de Maizière nicht weit genug. Denn auch wenn keine sogenannte Demokratieerklärung mehr unterschrieben werden muss, bleibt der Extremismusverdacht im Zuwendungsbescheid bestehen. Auch die neue Regelung geht davon aus, dass sich die politische Landschaft in eine „gute“ bürgerliche Mitte und zwei gefährliche Ränder teilt.

Die SJD - Die Falken lehnt grundsätzlich demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ab. (...)

Infos:

SJD - Die Falken

Bundesvorstand

Luise & Karl Kautsky-Haus

Saarstraße 14

12161 Berlin

www.wir-falken.de/showall/7336108.html

beanstandet, von den Sozialdemokraten abgeschafft. Die SPD-Familienministerin Manuela Schwesig hat sich jetzt durchgesetzt gegen ihren CDU-Kollegen aus dem Innenressort, Thomas de Maizière.

Wer sich gegen Rechtsextremismus engagieren möchte und dafür staatliche Gelder beantragt, braucht künftig nicht zu unterschreiben, dass dies den Zielen des Grundgesetzes dient. Damit stehen engagierte Bürger nicht mehr unter dem Generalverdacht des sogenannten Linksextremismus. Dieser Schritt ist überfällig, aber er reicht nicht aus.

Zur Abschaffung der Extremismusklausel erklärt die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann:

„Dieser Schritt ist mehr als überfällig. Seit 2011 wurden Initiativen, Organisationen und Stiftungen, die sich gegen neonazistische Entwicklungen engagieren, unter Generalverdacht gestellt. Die abgewählte Bundesregierung behinderte und kriminalisierte das Engagement von Tausenden von BürgerInnen und schränkte selbst wichtige und anerkannte Beratungsstellen gegen Rechts in ihrer Arbeit ein. Das ideologisch-motivierte Werkzeug der Extremismusklausel wurde somit selbst zu einer Gefahr für die Demokratie. Wir Jusos begrüßen, dass von der Praxis des Generalverdachts endlich Abstand genommen wird und freuen uns über das zügige Handeln von Manuela Schwesig, die Extremismusklausel gleich zu Regierungsbeginn zu kippen.

CDU-PolitikerInnen haben viel zu lange mit dem bedenklichen Bild gespielt, die rechte Szene mit

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund

www.de-de.facebook.com/BDAJ.de

linken und antifaschistischen Gruppen gleichzusetzen. Die Gefahr von Rechts wurde damit bedenklich heruntergespielt und die Straftaten, Morde und der Terror, den Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens und anderer Gesinnung ausgesetzt sind, ganz offen verharmlost. Wir Jusos stehen zu den vielen freien und engagierten Gruppen und Initiativen, die sich von dieser Kriminalisierung und der ganz konkreten Gefahr von Rechts nicht einschüchtern lassen. Sie gehören durchweg unterstützt und nicht eingeschränkt. Die Extremismusklausel gehört deshalb endlich in die Tonne!“

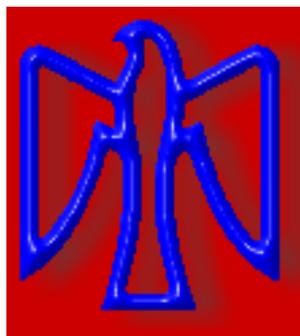
Infos:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

www.jusos.de/aktuell/endlich-schluss-mit-der-extremismusklausel

Veranstaltungsankündigung: „Autonome Nationalisten“: Eine Herausforderung auch für Jugendgruppen und Verbände

Schwarz verummte Jugendliche hinter bunten Transparenten, Slogans wie „Smash Capitalism!“



oder „Fight the System!“: Mit den Autonomen Nationalisten (AN) ist eine neue Generation von Neonazis in Erscheinung getreten, die deren Klischeebild komplett widerspricht. Stilistisch angelehnt an jugendkulturelle Ausdrucksformen der Linken sorgen diese neuen Nazis

für Irritation. Der Schwerpunkt der AN ist NRW, auch in Düsseldorf-Unterrath ist eine Gruppe zu finden. Was macht Autonome Nationalisten aus?

Hat sich nur das Auftreten verändert oder auch die Weltanschauung? Wie groß ist das gegenwärtige Potential? Wie können wir als Jugendverbände reagieren und agieren?

20. März 2014, 19.00 – 22.00 Uhr

Ort: Falkenheim Gerresheim

Unter den Eichen 62a

40627 Düsseldorf

Infos:

Falkenheim Gerresheim

Unter den Eichen 62a

40625 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 92 94 40

sandra.unger@duesselfalken.de

www.duesselfalken.de/news/

Bundesweite Aktionen, Informationen

Internationale Wochen gegen Rassismus

Unter dem Motto „Anerkennen statt Ausgrenzen“ finden in diesem Jahr vom 10. bis 23. März 2014 die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt, an denen IDA als Kooperationspartner beteiligt ist. Der Interkulturelle Rat in Deutschland ruft Initiativen, Vereine oder Einzelpersonen auf, sich mit Aktionen oder Veranstaltung an der bundesweiten Umsetzung zu beteiligen.

Vor diesem Hintergrund hat der Interkulturelle Rat gemeinsam mit Pro Asyl den Aufruf „Nein zu Rassismus in Europa“ veröffentlicht, der beim In-

Internationale Wochen gegen Rassismus



terkulturellen Rat angefordert oder auf der Internetseite von Pro Asyl unterschrieben werden kann.

Infos:

<http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>

Neue Publikation der ibs: Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung

Seit einiger Zeit wird in Deutschland heftig über die sogenannte „Armutszuwanderung“ aus Südosteuropa diskutiert. Beiträge in den Medien und Äußerungen aus der Politik lassen den Eindruck einer unkontrollierbaren „Zuwanderungswelle“ entstehen, die das deutsche Sozialsystem und die Kommunen überschwemme. In diesem Zusammenhang wird immer wieder – teils direkt, teils durch Anspielungen auf Stereotype vom „Zigeuner“ – darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zugewanderten vor allem um Roma handele.



Gegen diese Stimmungsmache klärt der Sammelband über Geschichte und heutige Lage auf, bietet eine Fülle von Informationen und will damit ein Gegengewicht gegen die rassistische Hetze bilden. Die Publikation fußt auf einer Kooperationsveranstaltung von ibs mit Rom e. V., IDA-NRW, der Forschungsstelle für interkulturelle Studien an der Universität zu Köln und der Melanchthon-Akademie.

Infos:

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dok der Stadt Köln
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
www.nsdok.de/ibs

Dossier der Heinrich Böll-Stiftung: Asian Germany – Asiatische Diaspora in Deutschland

Das Dossier gibt Einblick in die Vielschichtigkeit asiatisch-deutscher Lebenswelten und Identitäten. Mittels literarischer Verdichtungen, Gesprächen und Oral History-Narrationen sowie fotografischen



wie analytischen Essays wird postmigrantisches Leben aus asiatisch-deutschen Perspektiven reflektiert. Was passiert, wenn die Migration zu ihrem Ende kommt? Welche Identitäten, Identifikationen und Identitätspositionen entstehen dann?

Infos:

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Schumannstr. 8
10117 Berlin
www.heimatkunde.boell.de/dossier-asian-germany

Europaparlament warnt vor Zunahme von Rassismus

In einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution zur Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit in der EU stellen sich die Europaabgeordneten aller großen Fraktionen nachdrücklich gegen den populistischen Feldzug gegen „Armutseinwanderung“ wie ihn die CDU/CSU und führende Politiker_innen aus anderen EU-Ländern derzeit führen, so die Europaabgeordnete Ska Keller von Bündnis 90/Die Grünen: Die Abgeordneten warnen davor, „dass EU-Bürger aus einigen Mitgliedstaaten oder zugewanderte EU-Bürger zu Sündenböcken gemacht werden und es zu einer Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kommt“, wenn die Diskussion nicht sachorientierter geführt werde. Der stammtischseeligen Aufregung in Deutschland um die Stellungnahme der EU-Kommission zum Ausschluss von EU-EinwanderInnen aus Hartz IV halten die Europaabgeordneten die Grundregeln der europäischen Freizügigkeit entgegen: Arbeitnehmer_innen aus EU-Staaten dürfen nicht diskriminiert und benachteiligt werden. Sie fordern die Kommission ausdrücklich auf, „die Wahrung des Rechts auf Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus EU-Staaten systematisch und

gründlich zu überwachen“. Auch die Aufforderung des Parlaments, europäische Mittel zur sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut besser zu nutzen, ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Nach Medienberichten hat Deutschland drei Milliarden Euro EU-Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfond nicht abgerufen – obwohl Städte wie Duisburg, Dortmund oder Berlin dringend auf das Geld angewiesen wären.

Das Europaparlament hat mit der Resolution deutlich gemacht, wie die Debatte um EU-Einwanderung und -Freizügigkeit sachorientiert und ohne aufgeheizte Parolen geführt werden kann. Daran sollten sich deutsche PolitikerInnen vor allem der CDU/CSU ein Beispiel nehmen, so Ska Keller.

Infos:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+P7-RC-2014-0016+O+DOC+PDF+VO//DE>

<http://www.ska-keller.de/de/themen/migration/neues-aus-dem-libe-ausschuss/arbeitnehmerinnenfreiz%C3%BCgigkeit-europaparlament-warnt-vor-zunahme-von-rassismus>

Buchkritik zu Sarrazins „Tugendterror“: Die Welt ist ungerecht - und das ist auch gut so!

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Klaus J. Bade hat eine Rezension zu Thilo Sarrazins Ende Februar 2014 erschienenem Buch „Der neue Tugendterror“ verfasst:

In seinem Buch ‚Der neue Tugendterror‘ erklärt Thilo Sarrazin der Political Correctness und der elenden Gleichmacherei in dieser Welt den finalen Krieg. Er knüpft dabei an seinen Bestseller ‚Deutschland schafft sich ab‘ aus dem Jahr 2010 an. Er rechnet mit seinen Gegnern ab, arbeitet dabei aber selber mit den Techniken, die er ihnen ankreidet. Und er ‚beschweigt‘ Kritiker, die ihm wirklich gefährlich wurden. Er bleibt seinen Leitargumenten treu und breitet ihr geistiges Fundament weiter aus mit allerlei Tiefsinn aus dem neokonservativen Schatzkästlein des bildungsbürgerlichen Weltdeutungswissens.

Der Bestsellerautor Thilo Sarrazin möchte mit seinem neuen Buch „Der neue Tugendterror“ noch einmal richtig Kasse machen; denn sein Letztes „Europa braucht den Euro nicht“ (2012) hatte sich zwar ebenfalls sehr gut verkauft, war aber für den verwöhnten Erfolgsautor ein Flop im Vergleich zur allein in Deutschland mehr als anderthalb Millionen hohen Auflage seines Bestsellers ‚Deutschland schafft sich ab‘ (2010).



Die 28-seitige Rezension von Klaus J. Bade ist als Download verfügbar:

www.migazin.de/wp-content/uploads/2014/02/sarrazins_tugendterror_rezensiert_von_klaus_bade.pdf

Offener Brief: „Wir sind keine Schlitzaugen!“

In einem offenen Brief wandten sich am 06.02.2014 Dr. Kien Nghi Ha, Nataly Jung-Hwa Han und Noa Ha an die Verantwortlichen des Berliner Volkstheaters Heimathafen Neukölln:

„Wir haben zu unserem Entsetzen erfahren, dass bis zum 04. Februar 2014 über einen längeren Zeitraum hinweg trotz eingegangener Beschwerden der Heimathafen Neukölln im Rahmen seiner Ausstellung „I love NK“ ein für asiatische Menschen unzweifelhaft verletzendes Bild gezeigt hat. Auf diesem Foto ist eine blonde weiße Frau in einem weißen Heimathafen-T-Shirt mit dem Aufdruck „I love NK“ in einer ostasiatisch anmutenden Parkanlage zu sehen. Ihr grinsendes Gesicht reproduziert ein altes und sehr herabsetzendes rassistisches Stereotyp, indem sie mit ihren Fingern ihre Augen zu „Schlitzen“ hochzieht. Als belebte und kulturell gebildete Personen sind wir uns sicher einig, dass diese Darstellung anti-asiatischen Rassismus fördert. Das Bild vermittelt die Macht, als überlegen fühlende Weiße in Blackfacing-Manier sich über „asiatisch“ Aussehende lustig zu machen und dabei ihr Gesicht zu einer Grimasse zu deformieren. Sowohl die

zynische Karikatur (ost)asiatischer Menschen als hinterhältige Unmenschen als auch der Mythos der „Schlitzaugen“ als typisch ostasiatische Attribute verfügen über eine jahrhundertalte kolonialrassistische Tradierung. (...)

Vor dem Hintergrund, dass der Heimathafen Neukölln sich als Volkstheater versteht und mit dieser Aktion weltweit für das interkulturelle Zusammenleben in Berlin-Neukölln werben will, ist der hier offensichtlich zelebrierte anti-asiatische Rassismus besonders schwerwiegend und bedauerlich. (...)

Wir fordern die Leitung des Heimathafen Neukölln auf, Verantwortung zu übernehmen und sich umgehend öffentlich zu entschuldigen. Ferner fordern wir Sie nachdrücklich dazu auf, diese künstlerische Entgleisung in der Öffentlichkeit lückenlos und vorbehaltlos aufzuklären.“

Der offene Brief, den zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet haben, ist hier online:

www.korientation.de/08/02/2014/offener-brief-wir-sind-keine-schlitzaugen-heimathafen-neukolln/

Neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung: Viraler Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0

Sie tarnen sich als besorgte Bürgerinnen und Bürger, werfen mit pseudowissenschaftlichen Argumenten um sich, posten offen rassistische Parolen oder verstecken ihre Hetze unter dem Deckmantel des Humors: Neonazis versuchen mithilfe ganz bestimmter Kommunikationsstrategien im Internet zu mobilisieren, zu rekrutieren und ihren Hass zu verbreiten. Über ganz bestimmte Themen versuchen Neonazis Anschluss zu nicht-rechten Nutzerinnen und



Nutzern zu finden. Das kann in einer vermeintlich harmlosen Internet-Diskussion über Tierschutz ebenso passieren wie über eine Online-Kampagne zum Thema Kindesmissbrauch. Mithilfe gezielter Strategien der Wortergreifung streuen sie ihre menschenverachtende Propaganda professionell in die Debatte ein.

Die neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung klärt auf und gibt Tipps für Gegenstrategien.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstr. 139
10115 Berlin

<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/viraler-hass-rechtsextreme-kommunikationsstrukturen-im-web-20-9178>

www.amadeu-antonio-stiftung.de
info@amadeu-antonio-stiftung.de

„Sozialtourismus“ ist Unwort des Jahres 2013

Die Jury der Sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ hat den Begriff „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres 2013 gewählt. Die Juror_innen begründeten ihre Wahl damit, dass im letzten Jahr die Diskussion um erwünschte und nicht erwünschte Zuwanderung nach Deutschland wieder aktuell geworden ist. In diesem Zusammenhang wurde von einigen Politiker_innen und Medien mit dem Ausdruck „Sozialtourismus“ gezielt Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderer_innen, insbesondere aus Osteuropa, gemacht.

Das Grundwort „Tourismus“ suggeriert in Verdrehung der offenkundigen Tatsachen eine dem Vergnügen und der Erholung dienende Reisetätigkeit. Das Bestimmungswort „Sozial“ reduziert die damit gemeinte Zuwanderung auf das Ziel, vom deutschen Sozialsystem zu profitieren. Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ reiht sich dabei in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu

dienen, diese Stimmung zu befördern:

„Armutszuwanderung“ wird im Sinne von „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ursprünglich diffamierend und nun zunehmend undifferenziert als vermeintlich sachlich-neutraler Ausdruck verwendet. Mit „Freizügigkeitsmissbrauch“ wird denjenigen, die die in der EU jetzt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien garantierte Freizügigkeit nutzen, ein kriminelles Verhalten unterstellt. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ treibt die Unterstellung einer böswilligen Absicht jedoch auf die Spitze.



Infos:

www.unwortdesjahres.net

kontakt@unwortdesjahres.net

Seminare und Tagungen**Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn
Vortrag mit Magdalena Marsovszky**

Termin: 14. März 2014

Ort: Köln

Infos:

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)

Appellhofplatz 23-25

50667 Köln

www.nsdok.de/ibs**Tagung des IDA-NRW „Protestformen gegen rechts - zwischen Bratwurst und Sitzblockade“**

Termin: 20. März 2014

Ort: Wuppertal

Infos:

IDA-NRW - Anne Broden

Volmerswertherstr. 20

40221 Düsseldorf

aej-Fachtagung „jung.vielfältig.engagiert. Vol 2 - Wie die interkulturelle Öffnung von Jugendarbeit gelingt“

Termin: 20. März 2014

Ort: Berlin

Infos:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) - Simone Pleyer

Otto-Brenner-Straße 9

30159 Hannover

Tel: 05 11 / 12 15-121

Fax: 05 11 / 12 15-241

simone.pleyer@evangelische-jugend.dewww.evangelisches-infoportal.de**Workshop: „Autonome Nationalisten“: Eine Herausforderung auch für Jugendgruppen und Verbände**

Termin: 20. März 2014

Ort: Düsseldorf

Infos:

Falkenheim Gerresheim

Unter den Eichen 62a

40625 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 92 94 40

sandra.unger@duesselfalken.dewww.duesselfalken.de/news/**Wochenendworkshop: Empowerment – Selbstbestimmter Umgang mit Rassismuserfahrungen**

Termin: 28. März 2014 bis 30. März 2014

Ort: Berlin

Infos:

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Kottbusser Damm 72

10967 Berlin

<http://www.bildungswerk-boell.de>lazova@bildungswerk-boell.de**Breit aufgestellt! MultiplikatorInnen-Fortbildung zur Rechtsextremismusprävention**

Termin: 28. März 2014 bis 16. November 2014

Ort: Hamburg

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung

Hanne Wurzel – Leiterin Fachbereich Extremismus

Adenauerallee 86

53113 Bonn

hanne.wurzel@bpb.bund.deoffice@hamburg.arbeitundleben.de**Fortbildung „Rechtsextremismus ist kein Kinderspiel“ – rechtsextrem orientierte Eltern in Kindertagesstätten**

Termin: 1. April 2014, 3.-4. Juni 2014, 2. Juli 2014

Ort: Berlin

Infos:
Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-
Brandenburg (SFBB)
Königstr. 36b
14109 Berlin
Tel.: 0 30 / 48 48 1-0
[www. http://sfbb.berlin-brandenburg.de](http://sfbb.berlin-brandenburg.de)

**Fachtag „Zuwanderung und Antiziganismus.
Aktuelle Herausforderungen und Perspekti-
ven“**

Termin: 4. April 2014
Ort: Düsseldorf

Infos:
FORENA – Forschungsschwerpunkt „Rechtsextre-
mismus/Neonazismus“ an der FH Düsseldorf
Universitätsstraße 1, Geb. 24.21
40225 Düsseldorf
www.arbeitsstelle-neonazismus.de

**Kongress des DGB-Bildungswerks NRW „Für
ein Europa ohne Rassismus“**

Termin: 5. April 2014

Ort: Düsseldorf

Infos:
DGB-Bildungswerk NRW e. V.
Bismarckstraße 77
40210 Düsseldorf
www.dgb-bildungswerk-nrw.de
adzeladini@dgb-bildungswerk-nrw.de

**Fachtagung „Konzepte von Citizenship und
Teilhabe im europäischen Vergleich“, eine
Kooperationsveranstaltung der Akademie
des Jüdischen Museums Berlin und der
Friedrich-Ebert-Stiftung**

Termin: 7.–8. April 2014
Ort: Berlin

Infos:
Betül Yilmaz, M. A., Wiss. Mitarbeiterin
Akademieprogramme Migration und Diversität
Akademie des Jüdischen Museums Berlin
Stiftung Jüdisches Museum Berlin
Lindenstraße 9-14
10969 Berlin
Tel. 0 30 / 25 99 3-39 2
b.yilmaz@jmberlin.de

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Dr. Barbara Manthe

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952